

# ENERGIE

Jetzt bestellen und wählen zwischen

» Monatsabo 12,50 €

» Jahresabo 300,00 €

Politikrends: **Berlin verdirbt den Energieriesen die Laune** 6

Unternehmen: **Staatliche EWN übernimmt Kraftwerksprojekt** 10

## RWE investiert 1,3 Mrd. Euro in neue Gasleitung

Die RWE-Tochter Thyssengas plant das **größte** innerdeutsche **Leitungsprojekt seit Jahren**. Von der **Nordsee bis nach Aachen** soll die Pipeline führen.

Die Gaspipeline soll 520 Kilometer lang werden; die Kosten sind auf 1,3 Mrd. Euro veranschlagt, wie Transportnetzbetreiber Thyssengas mitteilt. Die Leitung hat noch keinen Namen und soll Gas innerdeutsch von der Nordsee Richtung Aachen transportieren. Die Transportkapazität wird mit 80 Mrd. kWh Erdgas im Jahr angegeben - rund acht Prozent des gesamten deutschen Jahresverbrauchs an Erdgas. Laut Thyssengas handelt es sich um das größte Pipeline-Projekt der RWE-Tochter seit Jahren. Das Unternehmen ist im Westen Deutschlands für den Überlandtransport von Erdgas zuständig.

Die Gastransportnetzbetreiber in Deutschland sind verpflichtet, bei ihren Kunden - Stadtwerke, Händler, große Industriebetriebe - den künftigen Bedarf an Erdgas zu erfragen. Dabei hat sich in der Vergangenheit laut Thyssengas immer wieder herausgestellt, dass in ihrem Netzgebiet durchaus Bedarf für eine neue Leitung bestehen könnte. Speziell neue Gaskraftwerke und Speicherkapazitäten würden den Bedarf an Transportkapazitäten erhöhen. Das Unternehmen reagiert auch auf die Tatsache, dass Erdgas künftig vermehrt aus Osteuropa und dem kaspischen Raum importiert werden muss. Thyssengas-Geschäftsführer Klaus Homann: „Wir beabsichtigen deshalb den Bau einer Pipeline, die eine Anbindung zu weiteren Transportsystemen schafft und so die direkte Verbindung zu den norwegischen sowie indirekt zu den russischen und möglicherweise künftig auch zentralasiatischen Gasfeldern verbessert.“

Der aktuelle Trassenverlauf trägt dem Rechnung. Die geplante Leitung beginnt in Emden. Wie ein Thyssengas-Sprecher zu energate sagte, wäre es damit möglich, Gas aus der Nordsee in die Leitung zu bringen. In Jemgum (Ostfriesland) und Etzel bei Wilhelmshaven gibt es große Erdgasspeicher, die ebenfalls Zugang zu der Leitung bekommen könnten. Eine weitere Option ist auch die Anbindung eines Terminals für verflüssigtes Erdgas (LNG).

Jetzt bestellen und lesen, wie ist der Trassenverlauf, woher kommt das Gas für die Befüllung, wann ist sie fertig?

» Zum Abo

In Zusammenarbeit mit

ener|gate  
con|energy gruppe

### Inhalt der Gesamtausgabe

#### TOPTHEMA

**Thyssengas plant neue Gasleitung** ..... 1

#### KONJUNKTURCHECK

**Airbus-Aufträge verzerren Bestellzuwachs** ..... 3

#### MARKTBERICHT

**Strompreis für Großabnehmer ist wieder gefallen** ..... 5

#### WIRTSCHAFTSTRENDS

**Laufzeit der Kernkraft spaltet die Gutachter** ..... 7

#### UNTERNEHMEN

**Eon und RWE steigern ihre Gewinne** ..... 11

#### ENERGIEMARKT

**Boom bei Photovoltaikanlagen hält an** ..... 13

**EU-Bericht: Uran wird viel schneller knapp** ..... 14

#### ENERGIEEFFIZIENZ

**Vattenfall installiert 10 000 Smart Meter in Berlin** ..... 16

# Politik verdirbt den Energieriesen die Laune

Selten war die **Stimmung** bei den **großen Vier der Energiebranche schlechter**. Sie sehen sich als **Melkkühe der Nation**. Eine weitere neue Steuer konnten sie jetzt allerdings verhindern.

Eon und RWE gehen voran. Die Chefs der beiden größten deutschen Energiekonzerne nutzten in dieser Woche die Vorlage ihrer Halbjahreszahlen, um der Bundesregierung die Leviten zu lesen. In ihrer Wortwahl waren sie dabei nicht zimperlich. Eon-Chef Johannes Teyssen warf der Regierung einen unklaren Kurs vor und sprach von untragbaren Belastungen durch die geplante Brennelementesteuer. Teyssen warnte davor, die Branche „insgesamt für eine Art Füllhorn zu halten, eine ewig sprudelnde Quelle für Investitionen, Ausbildungsstellen, Ertrags- und Gewerbesteuern und neuerdings auch für Haushaltskonsolidierungen“. Diese Quelle könne sehr wohl versiegen, wenn man sie überfordere. RWE-Chef Jürgen Großmann sagte, sein Unternehmen werde notfalls Investitionen zurückfahren, wenn die Brennelementesteuer komme. „Wir müssen genau hinschauen, ob sämtliche Investitionen, die wir gegenwärtig in der Planung haben noch in vollem Umfang realisierbar sind.“ Er nannte erneuerbare Energien, CO<sub>2</sub>-arme Kraftwerke und zukunftsfähige Netze.

Damit trifft er die Politik an einer empfindlichen Stelle. Denn die Bundesregierung weiß sehr wohl, dass der politisch gewünschte Umbau der Energieversorgung hin zu einer klimaschonenden Erzeugungsstruktur ohne Milliardeninvestitionen der Unternehmen nicht zu erreichen ist. Doch Teyssen und Großmann sind wie ihre Amtskollegen von EnBW und Vattenfall von der Energiepolitik der schwarz-gelben Bundesregierung zunehmend enttäuscht. Nach dem Wahlsieg von Union und FDP im Herbst 2009 hatten sie auf eine rasche Revision des Atomausstiegs und eine Verlängerung der Laufzeiten gehofft. Die Entscheidung verzögert sich aber immer weiter. Zudem hat die Regierung die Branche Anfang Juni mit der Ankündigung geschockt, eine Brennelementesteuer einzuführen, um Schulden abzutragen. Die Bundesregierung will damit 2,3 Mrd. Euro einnehmen.

Übertreiben dürfen die Kernkraftwerksbetreiber mit ihrer Kritik allerdings nicht. Denn schließlich darf der Gesprächsfaden zur Politik nicht ganz abreißen. So verhandeln die Finanzvorstände der vier Unternehmen derzeit hinter verschlossenen Türen mit Finanzstaatssekretär Werner Gatzler über Alternativen zur Brennelementesteuer. Sie wollen mit der Bundesregierung einen „Energiewirtschaftsvertrag“ abschließen, in dem sie sich verpflichten, im Gegenzug für eine Verlängerung der Laufzeiten eine „Sonderabführung“ an einen Fonds zu leisten. Die Mittel des Fonds sollen „der Modernisierung der Energiewirtschaft und der Förderung technischen Fortschritts“ zugute kommen sollen. In der nächsten Woche sollen die Verhandlungen über diese Lösung, die in der Politik durchaus Freunde hat, weitergeführt hat.

In letzter Minute verhindern konnten die Energiekonzerne Mitte der Woche die Einführung einer Steuer auf Kohle, die in Kraftwerken verfeuert wird. Der entsprechende Gesetzentwurf aus dem Finanzministerium, der die Steuer bis ins letzte Detail definierte und begründete, wurde nach massiven Protesten kurzerhand zurückgezogen.

**Jürgen Flauger, Klaus Stratmann** - Handelsblatt

LESEPROBE  
16. 8. 2010 | Nr. 15

## Weichenstellung

**Konzept:** Mit Spannung wartet die Energiebranche auf die Szenarien, die als Basis für das von der Bundesregierung angekündigte **energiepolitische Gesamtkonzept** dienen sollen. Nach bisheriger Planung wollen die beauftragten Institute ihre **Ergebnisse am 27. August vorlegen**. Bereits Ende September soll dann das Gesamtkonzept fertig sein und vom Bundeskabinett beschlossen werden. Das Konzept soll als **Leitlinie für die energiepolitischen Weichenstellungen** der nächsten Jahre dienen.

**Laufzeiten:** Die zentrale Frage der **Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke** soll mit dem Gesamtkonzept beantwortet werden. Um die grundsätzlich zugesagte Verlängerung auf den Weg zu bringen, muss das Atomgesetz geändert werden. Es sieht derzeit noch vor, dass die **Betriebserlaubnis eines Kernkraftwerks erlischt**, sobald es die ihm zugeteilten Stromkontingente produziert hat.

**Jetzt bestellen und lesen,**  
– immer den Stand der  
Entwicklung verfolgen.

» **Zum Abo**



# e.21 KLIMAKONGRESS

4.–5. Oktober 2010

Fraunhofer inHaus-Innovationszentrum, Duisburg

Die zunehmende Erderwärmung und ihre Folgen stellen den bisherigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen in Frage und erfordern ein Umdenken in der Politik. Und dieses beginnt auf kommunaler Ebene – direkt vor Ort in der Bürgerschaft. Welche Maßnahmen können schon heute für einen effektiven Klimaschutz getroffen werden? Diese und weitere damit verbundene Fragestellungen stehen im Fokus des e.21 Klimakongresses.

Keynote Speech: Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Weitere Informationen und Anmeldung unter: [www.e21-klimakongress.de](http://www.e21-klimakongress.de)

VERANSTALTER

con | energy

MEDIENPARTNER



Kommunalwirtschaft

# Solarstrom: Antragsflut bei den Netzbetreibern

Die Unternehmen müssen neue Photovoltaikanlagen ans allgemeine Stromnetz anschließen, sonst fließt für den Anlagenbetreiber kein Geld. Doch sie arbeiten seit Monaten an der Kapazitätsgrenze.

Die Kürzung der Einspeisevergütung zum 1. Juli für Solarstrom aus Photovoltaikanlagen sorgt bei den Netzbetreibern nur bedingt für weniger Arbeit. Speziell in Bayern ist die Anzahl der Neuanlagen in diesem Jahr drastisch angestiegen, was die Netzbetreiber schon seit Monaten an ihre Kapazitätsgrenzen bringt. In Nürnberg signalisiert der Netzbetreiber N-Ergie Netz zwar etwas Entspannung, erwartet worden war aber ein Einbruch bei den Anträgen.

Die Netztochter der N-Ergie ist dafür zuständig, die neugebauten Photovoltaik-Anlagen in der Region ans Netz anzuschließen. Anfang Juni sei die Zahl der Neuanträge von rund 300 auf 100 in der Woche zurückgegangen, so eine Sprecherin. Allerdings rechnet der Netzbetreiber nicht damit, dass der Trend gebrochen sei. Am 1. Oktober steht die nächste Kürzung der Solarförderung an. „Daher wird im September die Nachfrage wieder anziehen“, so die Sprecherin.

„Wir haben immer noch weit über 30 000 Anträge vorliegen“, sagte ein Sprecher des Netzbetreibers Eon Bayern auf Anfrage von energate. 250 seien es jeden Tag, so der Sprecher. Viele Anträge für einen Netzanschluss seien bereits vor dem 1. Juli eingegangen, ob zum Stichtag die Zahl der neuen Anträge gesunken sei, lasse sich noch nicht sagen.

Die Netzbetreiber sind zuständig für den Anschluss der Photovoltaikanlagen an das allgemeine Stromnetz. Erst wenn der Anschluss erfolgt, fließt für den Anlagenbesitzer Geld für den Sonnenstrom. Durch den Boom sind die Netzbetreiber aber im Verzug beim Anschluss geraten. Die EEG-Clearing-Stelle des Bundesumweltministeriums hatte deswegen eine Ausnahmeregelung beschlossen. Die Anlage musste vor dem 1. Juli zumindest Strom produziert haben, auch wenn dieser nicht ins Netz eingespeist wurde. Die Clearingstelle sieht aber keine Problem beim Netz selbst. Ein systematisches Problem sei nicht ersichtlich, heißt es in einem Bericht der Bundesregierung.

Trotz der Kürzungen sind Solaranlagen weiterhin eine „erstklassige Kapitalanlage“, hat die Stiftung Warentest festgestellt. In ihrem Magazin „Finanztest“ schreibt sie, dass Anlagen, die im zweiten Halbjahr installiert werden, auf eine Rendite von fünf bis neun Prozent kommen. In sonnenreichen Gegenden seien auch zweistellige Renditen möglich. Zudem werden die Anlagen immer billiger. Laut einer Umfrage der Meine Solar GmbH kostet eine Solarstromanlage noch 2 950 Euro je Kilowatt-Peak (-Spitzenleistung, kWp) und damit 14,5 Prozent weniger als im vergangenen Jahr. Vor vier Jahren mussten solarbegeisterte Eigenheimbesitzer noch 5 000 Euro je kWp zahlen.

So übertrifft der Zubau weiter alle Erwartungen. Die Bundesnetzagentur meldete bis Ende Mai eine Gesamtleistung von rund 11 500 MW, im Juni waren es bereits mehr als 13 000 MW.

**Jetzt bestellen und lesen,** wieviel Solarstrom bzw. AKW-Äquivalente in Deutschland am 10.08. in der Mittagszeit erzeugt wurden. [» Zum Abo](#)

LESEPROBE  
16. 8. 2010 | Nr. 15

**Stichwort: Kürzung der EEG-Fördersätze**

Die Bundesregierung hatte die Fördersätze außerplanmäßig zum 1. Juli auf 34,05 Cent/kWh abgesenkt, Solaranlagen, die ab dem 1. Oktober in Betrieb gehen, erhalten nur noch 32,88 Cent/kWh. Zum Vergleich: Konventioneller Strom an der Energiebörse EEX für das kommende Jahr kostet aktuell 5 Cent/kWh. Doch die EEG-Förderung für Solarstrom aus Photovoltaikanlagen sinkt weiter zum 1. Januar 2011. Dann greift wieder die im Erneuerbare-Energien-Gesetz jährlich festgelegte degressive Abschmelzung der Fördersätze um neun bis 13 Prozent – je nachdem, ob es sich um eine Dachanlage handelt oder ob die Anlage auf einer Ackerfläche steht.

# Test im großen Stil

Vattenfall installiert in einer Großwohnsiedlung in Berlin 10 000 intelligente Stromzähler.

Der Energiekonzern Vattenfall hat in der Berliner Großwohnsiedlung Märkisches Viertel mit dem Einbau von 10 000 intelligenten Stromzählern begonnen. In dem Pilotprojekt will das Unternehmen erstmals den Einsatz der neuen Messtechnik in großem Maßstab testen. Ziel sei es, den Bewohnern der Siedlung mehr Transparenz über ihren Energieverbrauch zu geben und so Effizienzpotenziale zu erschließen, erklärte das Unternehmen. Vattenfall stellt den Anwendern die intelligenten Messgeräte kostenfrei zur Verfügung. Über den Fernschirmschirm, das Internet oder einem Handy mit Internetzugang, sogenannten Smartphones, sollen sie ihren Stromverbrauch künftig regelmäßig im Blick halten. Vattenfall erwartet durch die bessere Verbrauchstransparenz Einsparungen beim Energieverbrauch in Höhe von fünf bis zehn Prozent.

Für den Energieversorger ist das Smart-Meter-Vorhaben Teil seiner Innovationsstrategie. Zu den Kosten macht das Unternehmen keine Angaben. Es gehe in erster Linie darum, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, so Vattenfall. Konkreter wird da schon die Wohnungsgesellschaft Gesobau. Als größter Vermieter im Märkischen Viertel will sie viel.

**Jetzt bestellen und lesen,**  
was die Gesobau vor hat  
und wieviel Geld sie in den  
nächsten Jahren für das  
Projekt investieren will.

» [Zum Abo](#)

## Weiterführende Links

» [www.vattenfall.de](http://www.vattenfall.de)  
» [www.gesobau.de](http://www.gesobau.de)

### Erscheinungsweise:

zweimal im Monat

### Abopreise (zzgl. MwSt.):

Einzelausgabe	12,50 Euro
Jahresabo	300,00 Euro

Der Newsletter ist ein gemeinsames Produkt von Handelsblatt GmbH und Energate GmbH & Co KG.

### Redaktion:

Elga Lehari-Reichling – Handelsblatt,  
Stefan Sagmeister – ener|gate (V.i.S.d.P.)

**Produktion:** Heide Braasch – Handelsblatt

**Internet:** [www.energate.de](http://www.energate.de)

[www.energie-handelsblatt.com](http://www.energie-handelsblatt.com)

**Kontakt:** [info@energie-handelsblatt.com](mailto:info@energie-handelsblatt.com)  
+49(0)201-1022-500

### Anzeigenverkauf:

**iq digital media marketing gmbh**

[www.iqm.de/newsletter](http://www.iqm.de/newsletter)

[iqm-branchenteam-it@iqm.de](mailto:iqm-branchenteam-it@iqm.de);

+49(0)211-887-2059

### conenergy agentur

[anzeigen@energie-handelsblatt.com](mailto:anzeigen@energie-handelsblatt.com)  
+49(0)201-1022-401

### Verlage: Handelsblatt GmbH

(Verleger in Sinne des Presserechts)  
Kasernenstraße 67, 40213 Düsseldorf  
E-Mail: [handelsblatt.com@vhb.de](mailto:handelsblatt.com@vhb.de),  
Tel.: 01805 365365 (EUR 0,14/Min.)

### Geschäftsführung:

Dr. Tobias Schulz-Isenbeck, Dr. Michael Stollarz  
AG Düsseldorf HRB 38183, UID: DE 812813090

### ener|gate GmbH & Co KG

Norbertstr. 5, D-45131 Essen  
Tel.: +49(0)201-1022-500; Fax: -555  
E-Mail: [info@energate.de](mailto:info@energate.de)

### Geschäftsführung:

Marc Hüther, Dirk P. Lindgens  
AG Essen HRA 7189, UID: DE 212708862  
Komplementärin: ener|gate Verwaltungs  
GmbH, AG Essen HRB 14482

Sämtliche Informationen im Newsletter Business Briefing Energie wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des Newsletters sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung der Verlage unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail. Auch darf dieses Dokument in anderen Ländern nur in Einklang mit dort geltendem Recht verteilt werden, und Personen, die in den Besitz dieses Dokuments gelangen, sollten sich über die dort geltenden Rechtsvorschriften informieren und diese befolgen.

## BUSINESS BRIEFING Energie

Die nächste Ausgabe erscheint am 26.08.2010.

– Newsletter bestellen unter [www.energie-handelsblatt.com](http://www.energie-handelsblatt.com)